

Andreas Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit **Lust auf Fortschritt**



DEZEMBER 2024

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

Ich kandidiere auf Platz 17 der Landesliste Bayern der SPD für den Bundestag. Ich habe damit gute Aussichten, den Wahlkreis und die bayerische SPD auch im nächsten Bundestag zu vertreten. Dieses Vertrauen der Delegierten des Listenparteitags gibt mir Rückenwind für den anstehenden Wahlkampf.

Die Stimmung an den Infoständen, die ich letzte Woche gemacht habe, war gut. Und auch die letzten Umfragen zeigen: Wir können mit unserem Einsatz wieder immer mehr Menschen erreichen und überzeugen.

Wahlen in Deutschland werden in der Mitte entschieden – immer! Und die Mitte der Gesellschaft, die breite demokratische Mehrheit in unserem Land, will keine schrillen Populisten. Sie will keine riskanten Abenteuer. Sie will Sicherheit und Stabilität. Festigkeit, Verlässlichkeit und Erfahrung. Zusammenhalt und Miteinander. Augenmaß und Besonnenheit – gerade jetzt, in diesen unsicheren Zeiten.

AfD und BSW schüren Angst. Die Merz-Union hat ihren sozialen Flügel völlig an

den Rand gedrängt. Sie will die Zeit zurück drehen, bei Bürgerrechten, Frauenrechten und sozialen Errungenschaften. Bei Renten, Löhnen und Gesundheit. Die Lindner-FDP ist eine marktradikale Klientel-Partei, die die Reichen auf Kosten der Vielen noch reicher machen will. Und den Grünen fehlt der Blick für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Nach der Bundestagswahl wird die Realität immer noch dieselbe sein wie jetzt. Dieser Realität muss sich jede Bundesregierung stellen. Der Klimawandel, die Kriege, die notwendige Sanierung unserer Straßen und Schienen, der Umbau unserer Industrie – auch wenn manche so tun, als könne man all das einfach abwählen: Die nächste Bundesregierung muss auf diese Herausforderungen Antworten geben.

Wählen können Sie, wie wir auf diese Herausforderungen reagieren. Wir wollen die Herausforderungen annehmen und unsere Zukunft gestalten. Das ist unser Angebot.

Wir wollen investieren – in unsere Sicher-

heit, in unsere Wirtschaft, in unsere Industrie, in gute Arbeitsplätze, in Straßen, Brücken und Schienen, damit wir stark sind und widerstandsfähig. Wir wollen sicherzustellen, dass in Zeiten voller Ungewissheit niemand unter die Räder kommt. Verlässliche Renten, bezahlbare Mieten, bezahlbare Gesundheit und Pflege – dafür kämpfen wir.

Wir wollen den Klimawandel begrenzen. Schon jetzt spüren wir die Auswirkungen der Erderwärmung auch bei uns vor der Haustür. Deswegen müssen wir die Energiewende weiter vorantreiben und bei der Wärmewende und beim Verkehr deutlich besser werden.

Bei der Bundestagswahl haben Sie wirklich eine Wahl. Wir wollen, dass der Staat, dass wir alle unsere Zukunft in die Hand nehmen und sie gestalten. Wir wollen sie nicht den Märkten überlassen. Das ist für mich der richtige Weg.

Direkt vor uns liegen jetzt aber noch die Feiertage und der Jahreswechsel. Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch..

IHR ANDREAS MEHLTRETTER

**IM DETAIL:
UNSER WAHLPROGRAMM**

Sichere Arbeitsplätze, sichere Renten und Familien entlasten – mit diesen Themen gehen wir in den Wahlkampf.

**FINANZPOLITIK:
FÜR EINEN STARKEN STAAT**

Die meisten Menschen können sich einen schwachen Staat nicht leisten. Wir brauchen eine andere Finanzpolitik.

AUSGABE 12, DEZEMBER 2024

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Wir kämpfen.

Weil es gerade jetzt notwendig ist.

„Wir kämpfen für Dich und für Deutschland!“ Das ist der Slogan, mit dem die SPD in den Bundestagswahlkampf zieht.

Kämpfen? Das ist ein starkes Wort. Es geht gerade aber auch um viel.

WELCHE ROLLE HAT DER STAAT?

Erst letzte Woche musste wieder eine Autobahn gesperrt werden, weil Betonteile von der Brücke gefallen sind. Unsere Infrastruktur ist überaltert. Ebenso sind wir bei der Digitalisierung hintendran. Wir brauchen Investitionen in Bildung, müssen die Energiewende vorantreiben und unsere Industrie zukunftsfähig machen.

Es geht dabei um viele Arbeitsplätze. Und darum, dass die Menschen nicht ins bodenlose fallen, wenn ihr Arbeitsplatz weg fällt.

Für mich heißt das, wir brauchen einen aktiven Staat, der auch ausreichend finanziert ist, um seine Aufgaben wahrzunehmen.

DAS PRIMAT DER POLITIK

Für mich gilt: In einer sozialen Marktwirtschaft sagt am Ende die Politik, in welche Richtung es geht. Nicht die CEOs entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Es sind die Wähler:innen, die die Richtung vorgeben.

Dieses Primat der Politik wird angegriffen. Die FDP bezieht sich ja ganz offen auf Musk und Milei, die den Staat am liebsten abschaffen würden. Das, was Milei gerade in Argentinien macht, hat dort zu einem immensen Anstieg der Armut geführt.

Auch das, was die FDP als Wirtschaftswende verkauft, hilft unserem Land nicht. Es macht den Staat handlungsunfähig. Investitionen sind dann nicht möglich, der Sozialstaat in Gefahr. Der FDP ist das persönliche Einkommen der Reichsten in unserem Land wichtiger als die Arbeitsplätze in unseren Unternehmen.

Und auch die Union tritt mit einem solchen Programm an. Aber: Reiche reicher machen, das ist keine Wirtschaftswende. Das führt zu einem schwachen Staat, den sich die meisten Menschen und auch viele Unternehmen nicht leisten können.

SOLIDE FINANZEN

Letzte Woche hat die Steuerungsgruppe „Zukunftsinvestitionen/Schuldenbremse“ der SPD-Bundestagsfraktion ihren Abschlussbericht vorgestellt. Wir schlagen gerechtere Steuern, eine Reform der Schuldenbremse und die Mobilisierung von privatem Kapital über einen Deutschlandfonds vor.

Mit einem gerechteren Steuersystem, das etwa 95 Prozent der Steuerpflichtigen entlastet und dafür die höchsten Spitzeneinkommen und Millionenvermögen stärker an der Finanzierung der Zukunfts-

aufgaben beteiligt, wollen wir eine dauerhaft solide und gerechte Finanzierungsbasis unseres Staates sicherstellen.

Um die enormen Investitionsbedarfe zu decken, sind darüber hinaus aber zusätzliche Investitionen erforderlich, die nicht zulasten anderer wichtiger öffentlicher Güter wie etwa der Rente oder der Gesundheit erfolgen dürfen. Investitionen in einem hohen dreistelligen Milliardenbereich sind in den nächsten Jahren zusätzlich zu der bisherigen Planung nötig: für Bildung, Forschung und Innovation, in gute Arbeitsplätze, die Unterstützung der wirtschaftlichen Modernisierung und des Klimaschutzes, in Digitalisierung, eine moderne Verwaltung und zukunftsfähige Infrastruktur sowie in die innere, äußere und soziale Sicherheit unseres Landes.

In Großbritannien hat die neu gewählte Labour-Regierung mit dem National Wealth Fund (NWF) bereits in kurzer Zeit ein solches Instrument geschaffen. Mithilfe staatlichen Kapitals mobilisiert der NWF ein Mehrfaches an privatem Kapital für eine moderne, klimaneutrale Infrastruktur. Auch das wäre für uns ein gutes Modell.

Und: So wie jedes Unternehmen notwendige Investitionen auch über Kredite finanziert, gehören Staatsanleihen zu den üblichen Instrumenten, um Staatsausgaben mit zu finanzieren. In Deutschland wird dieses Instrument durch die Schuldenregel im Grundgesetz zu eng begrenzt. Hier braucht es ein Update.

DAFÜR KÄMPFEN WIR

Ein solches Konzept würde dem Staat die notwendige Kraft geben, auf die Krisen unserer Zeit zu reagieren. Es gibt uns den Spielraum, in die Zukunft zu investieren. Das ist dringend notwendig. Und genau dafür kämpfen wir.

NUR DIE REICHEN KÖNNEN SICH EINEN SCHWACHEN STAAT LEISTEN.



Für ein Deutschland, das zusammenhält

Unser Programm steht

Mit der Vertrauensfrage hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Konsequenz aus der Blockade der Regierung durch die FDP gezogen. Damit ist der Weg frei für Neuwahlen und für eine Entscheidung über den Kurs unseres Landes.

Unser Programm hat einen klaren Fokus: den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Ihre drängendsten Alltagsprobleme sind die Schwerpunkte unseres Programms. Wir zeigen, wie wir Deutschlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen wollen, Beschäftigte und Familien entlasten und gleichzeitig in Zukunft und Zusammenhalt investieren.

SICHERE ARBEITSPLÄTZE

Der entscheidende Schlüssel für neues Wirtschaftswachstum sind Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Wir haben in den vergangenen Jahren vieles angeschoben. Die Energiewende hat Fahrt aufgenommen, wir investieren so viel in die Schiene wie noch nie, der Niedriglohnsektor ist deutlich geschrumpft.

Es gibt aber weiter großen Nachholbedarf, der über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Damit es in Deutschland bergauf geht, müssen wir hier aufholen, wir müssen mehr investieren – in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur wie Schienen, Brücken und Straßen.

FAMILIEN ENTLASTEN

Die hohe Inflation durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat viele Menschen stark belastet. Mit riesigen Kraftanstrengungen, Einsparungen, Energiepreisbremsen und Inflationsprämien ist es gelungen, die hohen Preise zu dämpfen.

Damit Beschäftigte und ihre Familien in Zukunft wieder mehr Sicherheit haben und sich vor allem wieder mehr leisten können, schlagen wir konkrete und wirkungsvolle Entlastungen und Verbesserungen vor. Eine Durchschnittsverdiener-Familie mit zwei Kindern soll spürbar mehr Geld pro Monat in der Tasche haben, damit ihr Leben besser und einfacher wird.

Wie wir das erreichen?

2026 muss der Mindestlohn auf 15 Euro steigen. Davon profitieren über 7 Millionen Beschäftigte. Wir wollen für 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Einkommensteuer senken, damit mehr Netto von ihrem Lohn übrig bleibt. Um die Preise vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu senken, wollen wir die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf fünf Prozent senken. Die Mietpreisbremse muss unbefristet verlängert werden, der Eigenanteil für die Pflegekosten wird auf 1.000 Euro gedeckelt.

SICHERE RENTEN

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient ein anständiges Leben im Ruhestand. Wir haben in den letzten Jahren die Grundrente eingeführt und die Renten in Ost und West endlich angeglichen. Damit die Rente sicher bleibt – auch für die nachfolgende Generation, müssen wir sie jetzt stabilisieren. Der Gesetzentwurf ist fertig und kann innerhalb von 100 Tagen verabschiedet werden.

Das wichtigste: Wir stabilisieren das Rentenniveau langfristig bei 48 Prozent. Damit werden die Renten nicht von der Entwicklung der Löhne abgehängt und nicht von der Inflation aufgeessen.

BEZAHLBARER KLIMASCHUTZ

Eine große Mehrheit hat den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Klimaschutz muss aber leistbar sein.

Niemand kann alleine ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser, bequemer und vor allem günstiger sein.



Paradigmenwechsel in der Klimapolitik

Klimaneutralität ist Daseinsvorsorge

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Klimapolitik. Wir wollen öfter auf gemeinschaftliche Lösungen setzen. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

SOZIALDEMOKRATISCHE KLIMAPOLITIK

Alle Menschen sollen eine realistische Chance haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg leisten können.

Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel, wie gebraucht wird.



GEMEINSAME INFRASTRUKTUREN

Unser Paradigmenwechsel heißt: Klimaneutralität ist auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen können.

Die von uns eingeführte kommunale Wärmeplanung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

KLIMAZIELE GELTEN

Wir bekennen uns klar zu den Klimazielen für Deutschland und die EU. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Eine Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen.

SOZIALES KLIMAGELD

Ein CO₂-Preis oder auch der Handel von Emissionszertifikaten sind ein effektives Mittel für einen effizienten Klimaschutz. Dort, wo Alternativen zur Verfügung stehen, hilft ein Preissignal, diese auch anzuwenden.

Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und kleine Unternehmen kann für uns aber immer nur ein ergän-

zendes Instrument sein. Wir werden darauf achten, dass die Preise für CO₂ abgedeckt werden. Dazu gehört auch ein sozial gestaffeltes Klimageld, das wir endlich einführen werden.

BEZAHLBARE ENERGIE

Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau wird die Strompreise senken.

Damit diese geringen Kosten auch bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht weiter steigen.

Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des Strom-Spar-Checks für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen. Haushalten mit geringem Einkommen wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einsetzen.

An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer, sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum die dezentrale Versorgung mit Energie weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen Land.

KOMMUNEN KLIMAFIT MACHEN

Mit der Städtebauförderung wollen wir die Kommunen unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen. Es geht darum, grüne Infrastruktur zu schaffen, eine hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen und auch den Hochwasserschutz voranzutreiben. Das werden wir vorantreiben.

Weltklimakonferenz COP24 in Aserbaidshan

Zehntausende Menschen waren im November in Baku auf der Weltklimakonferenz, um über die Zukunft unseres Planeten zu verhandeln – und ich war dabei. Es war eine Ehre für mich, diesen Prozess vor Ort mitverfolgen und viele tolle Menschen aus der ganzen Welt dort treffen zu können.

Die Verhandlungen waren in diesem Jahr aber so schwierig, dass die COP verlängert werden musste. Und auch wenn es bei dieser riesigen internationalen Konferenz jedes Mal an sich ein Wunder und ein Erfolg ist, dass ein gemeinsames Ergebnis gefunden wird, ist das Ergebnis dieses Jahr im Vergleich zur Größe der Herausforderung nur ein kleiner Schritt.

Die Klimaschäden werden vor allem besonders arme Länder hart treffen. Die Finanzierung der Unterstützung – zur Beseitigung der Klimafolgen und der Anpassung an den Klimawandel – soll seitens

der Industriestaaten bis 2035 auf 300 Mrd. Dollar jährlich anwachsen. Das ist eine Verdreifachung der bisherigen Summe und damit sicherlich wichtig. Aber benötigt würden eigentlich über eine Billion Dollar jährlich. Viele betroffene Länder sind deshalb enttäuscht. Ich hoffe, dass im kommenden Jahr nochmals nachverhandelt wird. Es ist klar: Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch eine Frage von fairer Verteilung und Gerechtigkeit!

Die COP war eine tolle Erfahrung für mich, mit guten Gesprächen – z. B. mit US-Kongressabgeordneten und Vertreter:innen aus Pazifikstaaten. Ich habe viel gelernt für die Arbeit an der deutschen Energiewende und bin meiner Fraktion dankbar, dass ich dabei sein durfte. Und auf jeden Fall ist es gut, dass die nächste COP in einem demokratischen Staat – Brasilien – stattfindet, mit einer Regierung, bei der Klimaschutz tatsächlich ganz oben auf der Agenda steht!



Treffen mit Gubad Ibadoghlu Einsatz für Menschenrechte



Er ist krank, er ist unschuldig, aber er darf sein Land nicht verlassen. Das Regime in Aserbaidshan hält Dr. Gubad Ibadoghlu gegen seinen Willen fest. Ich habe mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen Kathrin Henneberger und Robin Mesarosch mit ihm getroffen.

Mit Aserbaidshan richtete das dritte Jahr in Folge ein Staat die Weltklimakonferenz aus, in dem Menschenrechte missachtet und Meinungsfreiheit massiv unterdrückt werden. Wir möchten uns anlässlich der COP29 klar solidarisch erklären mit den Menschen, die hier unschuldig als politische Gefangene inhaftiert sind, und fordern ihre Freilassung. Einer davon ist Dr. Gubad Ibadoghlu, den wir gemeinsam als Abgeordnete des Bundestages besuchen konnten.

Dr. Ibadoghlu berichtete uns von seinem sich verschlechternden gesundheitlichen Zustand. In Deutschland könnte er behandelt werden, die TU Dresden hat dem Wissenschaftler auch eine Gastprofessur angeboten, er hätte hier Arbeit. Aber ausreisen lässt ihn das Regime in Baku nicht. Wir setzen uns gemeinsam, dass er nach Deutschland kommen, behandelt werden und seine Arbeit antreten darf.

Sein Schicksal steht exemplarisch für das von über 300 politischen Gefangenen in Aserbaidshan und vielen tausenden Menschen weltweit.

Die internationale Gemeinschaft darf die unrechtmäßig Gefangenen in Aserbaidshan auch nach der COP29 nicht vergessen.

EU-Mittel für Hochwasser-Hilfen

112,07 Mio. Euro für Bayern und Baden-Württemberg

Das Europäische Parlament hat dem Antrag des Bundes entsprochen und stellt Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds für den Wiederaufbau der von den Hochwassern im Juni betroffenen Gebiete bereit. Insgesamt fließen damit 112,07 Mio. Euro nach Bayern und Baden-Württemberg.

Die Bundesregierung hat auf Bitte von Bayern und Baden-Württemberg einen Antrag auf Mittel aus dem europäischen Solidaritätsfonds in Brüssel gestellt, mittlerweile haben die EU-Kommission, der Rat und zuletzt das Europäische Parlament zugestimmt. Ich hoffe, dass der Freistaat damit weitere dringend benötigte Hilfen endlich auf den Weg bringen wird.

Der Bund kann Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds beantragen. Nachdem diese bewilligt wurden, müssen der Freistaat Bayern und Baden-Württemberg die Aufteilung der Finanzhilfe noch abschließend klären. Mit dem Eingang der Finanzhilfe ist Anfang 2025 zu rechnen. Der Betrag wird von der Europäischen Kommission auf einem Konto des Bundes bereitgestellt und vom Bundesministerium der Finanzen umgehend

entsprechend der Einigung der Länder anteilig an den Freistaat Bayern und Baden-Württemberg weitergeleitet.

Die Auszahlung der Gelder für einzelne Maßnahmen erfolgt auf Ebene der Länder. Ich erwarte, dass der Freistaat dann unverzüglich neue Unterstützungsprogramme auflegt, um den von Hochwasser Betroffenen zu helfen.

Darüber hinaus fordert Bayern immer wieder direkte Mittel des Bundes, wie es sie nach dem Hochwasser im Ahrtal 2021 gegeben hat. Nach unserer Verfassung sind aber grundsätzlich die Länder zuständig für den Hochwasserschutz und den Ausgleich von Hochwasserschäden. Der Bund kann nur unterstützen, wenn ein Bundesland überfordert ist. Das hat Bayern bis heute nicht erklärt.

Einen deutschlandweiten Solidaritätsfonds wie auf EU-Ebene gibt es nicht. Wenn Bundesländer aber in der Vergangenheit von Hochwasserschäden betroffen und alleine in ihrer Finanzkraft überfordert waren, wurde auf Bundesebene auch entsprechend mit besonderen Instrumenten unterstützt. Für die Schäden im Ahrtal 2021 wurde etwa das

Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“ eingerichtet. Dieses Sondervermögen wird von Bund und Ländern finanziert, und auch Bayern hat daraus einen kleineren Anteil der Mittel erhalten. Die Länder tragen über einen geringeren Anteil aus den Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu dem Fonds bei.

Ein solches Modell kann natürlich bei großen Katastrophen jederzeit wieder zum Einsatz kommen. Es braucht aber eine verfassungsgemäße Grundlage. Und das ist keine Formalie, sondern Grundlage einer ordentlichen Haushaltsführung.

Der Bund kann nicht einfach für Programme Geld ausgeben, für die eigentlich die Länder zuständig sind, solange die Länder die Aufgaben selbst auch stemmen können. Der Bundesrechnungshof bemängelt immer wieder, dass der Bund bereits jetzt jährlich mittlere zweistellige Milliardensummen ausgibt in Bereichen, für die eigentlich die Länder zuständig sind. Ich hoffe, dass der Freistaat hier das Schwarze-Peter-Spiel endlich beendet und mithilfe der EU-Mittel jetzt einfach seiner Pflicht zu einer ordentlichen Unterstützung der Hochwasser-Betroffenen nachkommt.

Am 23. Januar 2025 in Freising

Rolf Mützenich

„Es ärgert mich, dass wir unsere Erfolge zu oft selbst kaputtmachen.“ Das hat Rolf Mützenich Ende September in einem Interview mit der Rheinischen Post gesagt.

Welche Erfolge meint er?

Am 23. Januar 2025 kommt Rolf Mützenich nach Freising und wird mit uns über diese Erfolge sprechen. Und darüber, was jetzt noch ansteht, um unser Land nach

vorne zu bringen. Die Veranstaltung beginnt um 20.00 Uhr im Junkers in der Fischergasse 4, 85354 Freising.

Sie alle sind herzlich eingeladen. Kommen Sie und diskutieren Sie mit uns. Ich freue mich auf Sie.



Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Zusammen mit unserem wirtschaftspolitischen Sprecher Bernd Westphal und dem Verteidigungspolitiker Christoph Schmid habe ich Airbus in Manching besucht. Das Unternehmen ist ein wichtiger Arbeitgeber für unsere Region. Und ein wichtiger Baustein für unsere Verteidigung. Eurofighter, Tornado, A400M und das neue geplante Kampfflugzeug FCAS – in Manching werden sie entwickelt, gewartet, produziert oder auch endmontiert. Airbus ist technologisch vorne dabei, wir haben damit für die Zeitenwende notwendiges Know-how in Deutschland und in Europa.



Gute Nachrichten für unsere Region: Die Städte und Gemeinden Brunnen, Adelschlag, Eichstätt und Neuburg an der Donau erhalten Fördermittel des Bundes für die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Insgesamt fließen über 6,7 Millionen Euro Bundesförderung in den Breitbandausbau in unsere Region – allein 1,94 Millionen Euro davon nach Brunnen. Die Fördermittel stammen aus dem Programm des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und sollen bislang unterversorgte Gebiete mit schnellem Internet erschließen.



Im Oktober fand im Deutschen Bundestag – erstmalig nach einer vierjährigen coronabedingten Pause – die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ wieder statt. Über 300 junge Erwachsene im Alter von 17 bis 20 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet haben in einem groß angelegten Planspiel parlamentarische Verfahren nachgestellt. Mich hat besonders gefreut, dass auch ein Jugendlicher aus meinem Wahlkreis an dem Planspiel teilgenommen hat. Für Simon Krumböck aus Pfaffenhofen waren das auf jeden Fall spannende Tage. Schön, dass Du da warst.



Beim Sportempfang der SPD-Bundestagsfraktion stand das Jahr des Sports im Mittelpunkt. Mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser haben wir intensiv über die Herausforderungen im Breiten- und Spitzensport gesprochen. Besonders gefreut habe ich mich, dass mit Christine Hierhager, Abteilungsleiterin Tennis beim SV Kranzberg, und Anton Hierhager, Vorsitzender des SV Kranzberg, auch zwei engagierte Ehrenamtliche aus meinem Wahlkreis ihre Perspektive einbringen konnten, die auch am Treffen mit der bayerischen SPD-Landesgruppe teilnahmen.

Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

JETZT KOMMT ES DARAUFG AN.

Wir kämpfen dafür, dass Deutschland ein gerechtes Land bleibt: Wir werden den Mindestlohn erhöhen, die gesetzliche Rente sichern und den Sozialstaat schützen. Wir wollen mit einem gerechten Steuerkonzept die große Mehrheit der Menschen entlasten, indem wir die wenigen Superreichen stärker zur Kasse bitten. Wir wollen Ausbildungs- und Arbeitsplätze sichern, neue Beschäftigung fördern und gemeinsam mit den Gewerkschaften die Rechte von Azubis und Arbeitnehmenden stärken. Wir wollen die vielen Unternehmen und Betriebe im Land in einer schwierigen Phase für eine nachhaltigere, klimafreundlichere und bürokratieärmere Wirtschaft zu gestalten.

Um das durchzusetzen, brauchen wir am 23. Februar ein gutes Ergebnis. Helfen Sie mit, das zu erreichen.

Helfen Sie mit, auf den Straßen, an den Haustüren und in den sozialen Medien. Jede Diskussion, in der Sie für eine fortschrittliche Politik argumentieren, und jeder Beitrag, den Sie von mir auf Facebook oder Instagram teilen, kann Wähler:innen überzeugen.

Sie wollen ganz konkret helfen? Flugblätter in der Nachbarschaft verteilen? Ein Plakat an Ihrem Zaun aufhängen? Fotos oder Videos von einer Veranstaltung machen? Am Infostand mithelfen? Gerne, melden Sie sich bei mir.

Wahlkampf ist Teamarbeit. In meinem Team ist jede:r willkommen, der für ein gerechtes Deutschland kämpft.



JEDE SPENDE HILFT

Flyer, Plakate, Schokonikoläuse und Brezen für Verteilungsaktionen, Punsch für die Infostände, Briefe an Erstwähler:innen, Veranstaltungen – Überzeugungsarbeit im Wahlkampf *ist* Arbeit und kostet Geld. Für eine zukunftsgerichtete und soziale Politik brauchen wir im Wahlkampf auch finanzielle Unterstützung. Ich würde mich darüber sehr freuen!

Bitte richten Sie Ihre Spende an dieses Konto:

SPD-Bundeswahlkreis 213 Freising
IBAN: **DE39 7005 1003 0025 8641 09**
Sparkasse Freising Moosburg

Herzlichen Dank!

HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehltretter.de/links/spotify.

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:

Cloudy June: Crazy Woman

Eva:

Haindling: Blasmusik in Moll

Martin:

Teho Teardo & Blixa Bargeld: Bisogna Morire

Merlin:

Alligatoh: Partner in Crime (feat. Terek K.I.Z.)

Michi:

Dicht & Ergreifend: Highlife

Tereza:

Chappell Roan: Pink Pony Club



Andreas Mehltretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehltretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehltretter.de

Facebook

[andreas-mehltretterSPD](https://www.facebook.com/andreas-mehltretterSPD)

Instagram

[andreas-mehltretter](https://www.instagram.com/andreas-mehltretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)